

Mord ist keine Frage der Ehre

In Pakistan sollen künftig auch Mörder bestraft werden, die ihre Tat mit der Rettung der Familienehre begründen

Die meisten Ehrenmorde in Pakistan bleiben bis anhin ungesühnt. Nun droht den Tätern eine lebenslange Haftstrafe. Das neue Gesetz kommt vor allem den Frauen zugute und passt konservativen Klerikern nur bedingt.

BRITTA PETERSEN, DELHI

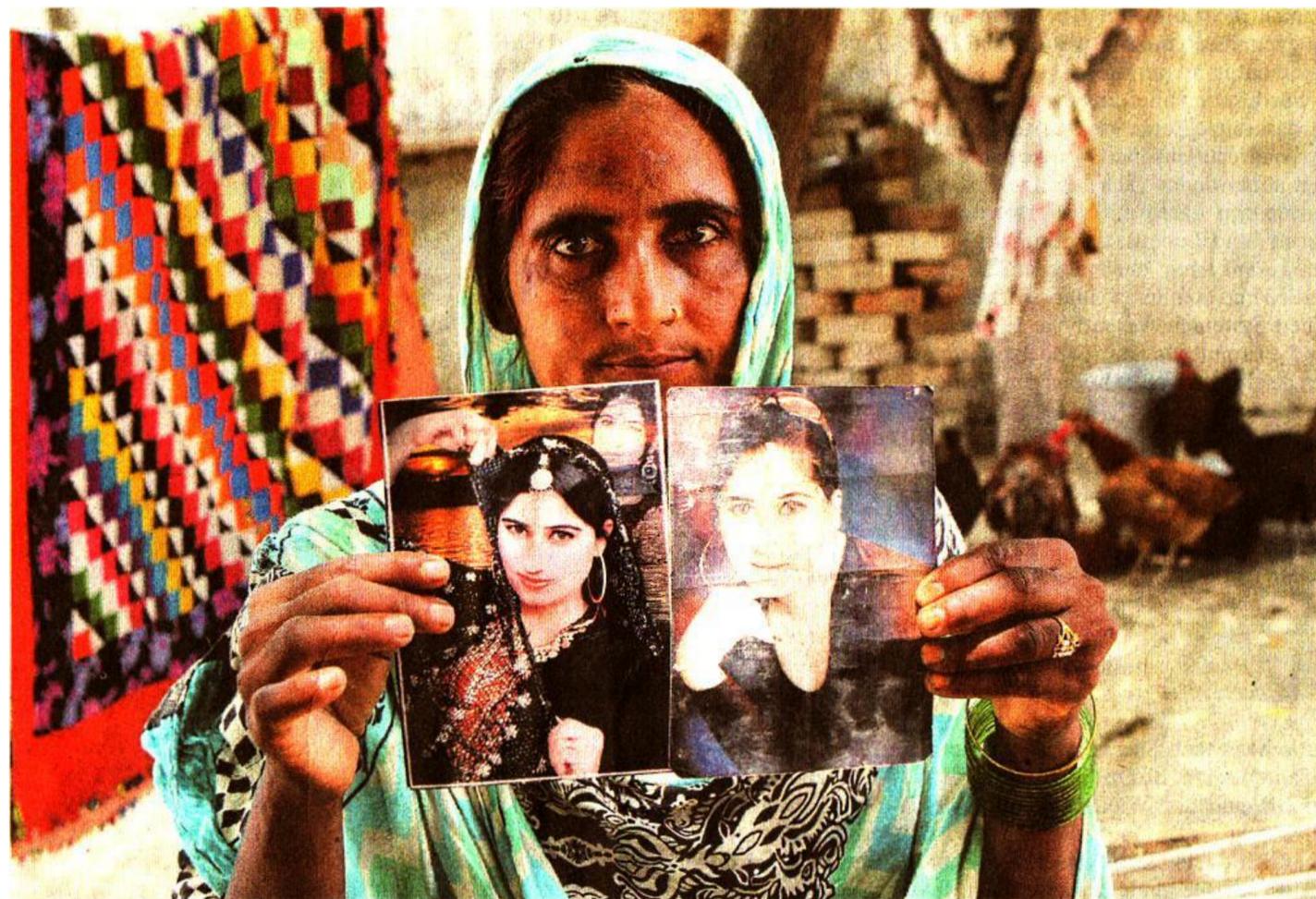
Die Frauenbewegung in Pakistan hat in dieser Woche einen wichtigen Sieg errungen. Das Parlament in Islamabad hat am Donnerstag zwei Gesetze beschlossen, die bereits im vergangenen Jahr vom Senat angenommen wurden, über die aber in der Nationalversammlung keine Einigung erzielt werden konnte. Jetzt wurden die Gesetze gegen Ehrenmord und Vergewaltigung in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern beschlossen.

«Falsche» Partnerwahl

Damit schliesst der Gesetzgeber eine wichtige Lücke im pakistanischen Rechtssystem. Diese führte dazu, dass Täter im Falle von so genannten Ehrenmorden straffrei blieben, wenn ein Familienmitglied ihnen die Tat verzieh. Da Ehrenmorde in Pakistan praktisch immer im familiären Umfeld stattfinden, blieb ein grosser Teil der Taten bisher ungesühnt.

Das Gesetz gegen Vergewaltigung erlaubt zum ersten Mal die Verwendung von DNA-Analysen als Beweis in Vergewaltigungsfällen. Dies wird von konservativen Kräften unter Verweis auf die islamische Gesetzgebung (Scharia) abgelehnt, die vorsieht, dass in einem Vergewaltigungsfall vier männliche Zeugen die Tat bestätigen müssen.

Nach Angaben der unabhängigen Menschenrechtskommission Pakistans (HRCP) wurden allein im vergangenen Jahr rund 1100 Frauen von ihren Verwandten getötet, um die Familienehre zu retten. Meist sind dies Frauen, die sich bei der Partnerwahl oder in anderen Fragen der persönlichen Lebensgestaltung nicht den Wünschen ihrer



Eine Angehörige zeigt Fotos der Sängerin und Frauenaktivistin Qandeel Baloch, (die Opfer eines Ehrenmordes wurde).

AP

Familie beugen wollen. Erst im Juli machte der Mord an der Sängerin und Frauenaktivistin Qandeel Baloch Schlagzeilen. Die 26-Jährige, die als Kim Kardashian Pakistans galt, wurde von ihrem Bruder erdrosselt, weil sie durch freizügige Auftritte im Fernsehen und in sozialen Netzwerken Schande über die Familie gebracht habe.

Schwäche des Justizsystems

Nach dem neuen Gesetz droht Ehrenmördern nun eine lebenslange Haftstrafe. Vergebung durch die Familie ist nur noch möglich, falls ein Gericht die Todesstrafe verhängen sollte.

Die Frauenbewegung und Menschenrechtsaktivisten in Pakistan haben viele Jahre für eine Änderung der Ge-

setze gekämpft. Die Filmemacherin Sharmeen Obaid-Chinoy, die für ihren Dokumentarfilm «A Girl in the River» über einen Ehrenmord in Pakistan dieses Jahr einen Oskar gewann, sagte, das Gesetz werde über Nacht vielleicht nicht viel ändern, es sei aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung.

Farzana Bari, Leiterin des Fachbereichs Gender Studies an der Quaid-e-Azam-Universität in Islamabad, gab sich skeptischer. Sie wies darauf hin, dass nach dem neuen Gesetz weiterhin der Richter darüber entscheide, ob ein Mord als Ehrenmord gelte oder nicht.

In der Tat dürfte die Schwäche des pakistanischen Rechtssystems, das von Unterfinanzierung und Korruption in Polizei und Justiz geplagt wird, das

grösste Hindernis dabei sein, dass die neuen Gesetze umgesetzt und potenzielle Täter abgeschreckt werden. Darüber hinaus steht Pakistans Rechtssystem vor einem Dilemma.

Einerseits hat das Land 1996 die Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen ratifiziert und ist damit gesetzlich verpflichtet, alle Formen der Diskriminierung von Frauen abzuschaffen. Andererseits müssen Gesetze in dem Land auch mit der Scharia vereinbar sein.

Vor allem die als Hudood-Ordinances bekannten Gesetze, die Ehebruch und ausserehelichen Geschlechtsverkehr unter Strafe stellen, wurden von Frauenaktivistinnen stets heftig bekämpft. Sie wurden 1979 vom damaligen Militärdiktator Zia ul-Haq eingeführt, um das Land stärker zu islamisieren. Als Folge der Hudood-Ordinances sind nach einem Bericht der National Commission on the Status of Women von 2003 rund 80 Prozent aller inhaftierten Frauen in Pakistan nur deshalb im Gefängnis, weil sie nicht beweisen konnten, dass sie vergewaltigt worden waren und daher wegen Ehebruchs angeklagt wurden.

Ein «unislamischer» Akt

Auch die auf der Scharia basierenden Traditionen von Qisas (Blutrache) und Diyat (Blutgeld) sind weiterhin anwendbar. Einige der Initiatoren der neuen Gesetze, etwa eine frühere Ministerin der Pakistanischen Volkspartei, hatten sich daher erfolglos dafür eingesetzt, dass Ehrenmord generell zu einem «unverzeihbaren» Vergehen erklärt würde, genauso wie Morde unter den noch relativ neuen Anti-Terror-Gesetzen.

Im Juni immerhin hatte der Council of Islamic Ideology, der die pakistanische Regierung in Fragen der Vereinbarkeit von Gesetzen mit der Scharia berät, Ehrenmorde für «unislamisch» erklärt. Gleichzeitig befand das Gremium DNA-Analysen als Beweise in Vergewaltigungsfällen als unzureichend. Da konnte sich das Parlament gegen die konservativen Kleriker durchsetzen.

Bibi in Berufung

(dpa) • Pakistans oberster Gerichtshof lässt in einem der prominentesten Blasphemiefälle des Landes eine Berufung zu. Der Anwalt der zum Tod verurteilten Christin Asia Bibi werde kommende Woche vor dem Bundesgerichtshof in Islamabad erscheinen, bestätigte ein Gerichtsbeamter. Die Erlaubnis zur Berufung war im August 2015 erteilt worden, nun steht Asia Bibi zum ersten Mal auf der Liste der zu verhandelnden Fälle. Sie war 2010 als erste Frau in Pakistan wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt worden, weil sie den Propheten beleidigt haben soll.